

Hinweise auf Bücher

Autor(en): **Spieler, Willy**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **91 (1997)**

Heft 3

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hinweise auf Bücher

WIDERSPRUCH, Heft 32/Dezember 1996: *Streit um Geschichte, Antisemitismus, Rassismus*. 196 Seiten, Fr. 20.–

Der WIDERSPRUCH ist eine Theoriezeitschrift, die Mal für Mal ihrem programmatischen Untertitel «Beiträge zur sozialistischen Politik» gerecht wird. Die neuste Nummer greift ein in die Auseinandersetzung um Geschichte im Zusammenhang mit Antisemitismus und Rassismus.

Aktuell ist diese Nummer auch für die Leserinnen und Leser der Neuen Wege, enthält sie doch einen ergänzenden Beitrag *Josef Langs* zu seiner Studie in diesem Heft. Untersucht wird hier nämlich «Professor Altermatts ‹Freiburger Schule› – zwischen Verdrängung und Verharmlosung», also weniger der katholisch-konservative Antisemitismus als vielmehr dessen Nichtthematisierung durch den Historiker des politischen Katholizismus. Da Altermatt und seine Schule den Katholizismus noch immer als Opfer der Säkularisierung durch den laizistischen Bundesstaat betrachten, unterliegen sie einem Vorurteil, das nicht eben geeignet ist, sie für die Täterrolle der katholischen Kirche und ihres «Milieus» gegenüber den verfolgten Juden zu sensibilisieren. Indem Altermatt sich gar noch die «Rehabilitation der katholisch-konservativen Schweiz» zum Ziel setzt, begibt er sich der Möglichkeit einer (selbst-)kritischen Aufarbeitung seines Forschungsgegenstandes.

Von hoher Informations- und Reflexionsdichte sind auch die weiteren Texte. Erwähnt seien: *Brigitte Bailer-Galandas* Einführung in den Geschichts-«Revisionismus», die nicht nur die Holocaust-Leugnung, sondern auch die weiteren pseudowissenschaftlichen Versatzstücke des Rechtsextremismus und des Neofaschismus entlarvt; die Aktivitäten der Auschwitz-Leugner in der Schweiz von *Hans Stutz*; *Lothar Baiers* aufschlussreiche Darstellung der «Erfolgsgeschichte» von Le Pens Front National, der die bürgerliche Mehrheit ideologisch infiltriert hat, auch die Ergänzung durch *Wolfgang Proissls* Darstellung, «wie Le Pen mit eigenen Berufsverbänden den Gewerkschaften Konkurrenz macht»; *Moshe Zimmermanns* Essay über «Geschichtspolitik in Israel», der die Abdankung des «historischen Zionismus der Linken» gegenüber einer «Uminterpretation der Geschichte» durch die Rechte analysiert; die beiden Beiträge von *Detlev Claussen* und *Reinhard Kühnl* über die «Goldhagen-Debatte» in Deutschland; und ein weiteres Kapitel von *Arnold Künzli* zum religiösen Fundamentalismus unter dem Titel «Nationalismus und Krieg im Namen Gottes».

Im Diskussionsteil befasst sich *Gian Trepp* mit der Grenzziehung zwischen überlebensnotwen-

digen Konzessionen und Wirtschaftskollaboration der Schweiz gegenüber den Achsenmächten. *Shraga Elam* sieht im Ost-West-Konflikt den Schlüssel, warum die Schweiz nach dem Krieg nur einen sehr kleinen Teil der Nazi-Fluchtgelder herausgeben musste. Anschliessend übt *Marie-Claire Caloz-Tschopp* fundierte Kritik am bundesrätlichen «Drei-Kreise-Modell», das einen «institutionellen Rassismus in der Ausländer- und Asylpolitik der Schweiz» widerspiegelt.

Willy Spieler

Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax und Institut für Sozialethik des SEK (Hg.): *Die Zukunft der Sozialen Sicherheit*. NZN-Buchverlag, Zürich 1997. 92 Seiten, Fr. 20.–

Diese Publikation der beiden renommierten sozialethischen Institutionen der Bischofskonferenz und des Evangelischen Kirchenbundes kommt zur richtigen Zeit. Die (bewusst herbeigeführte) Misere der öffentlichen Finanzen dient Teilen der bürgerlichen Rechten als willkommener Vorwand, um den Sozialstaat madig zu machen. Gegenüber den neoliberalen und neokonservativen Stimmen, die das Versicherungsprinzip des Sozialstaates als «Giesskannenprinzip» anprangern und es durch das «Bedarfsprinzip» des Fürsorgestaates ersetzen wollen, hält die von *Christian Kissling* verfasste Studie unmissverständlich fest: «Die Entwicklung von einer Gesellschaft, in der die Armen von Almosen der Barmherzigkeit lebten, zum modernen Sozialstaat, welcher den Bedürftigen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung zuspricht, ist aus sozial-ethischer Sicht auf jeden Fall ein Fortschritt.»

Das *Versicherungsprinzip* verankert die sozialen Grundrechte in der «politischen Stabilität und Verlässlichkeit» unserer Sozialwerke. «Ein reiner Fürsorgestaat würde die Menschen ... entwürdigen. Wer in Not geriete, würde zum Bittsteller.» Die Studie sieht aber auch die Notwendigkeit, den Sozialstaat durch «vermehrt bedürfnisorientierte Ergänzungsleistungen» auszubauen. Die Bundesverfassung soll durch ein «Recht auf Existenzsicherung» ergänzt und dieses «Grundrecht» durch ein «Rahmengesetz für Sozialhilfe» konkretisiert werden. Positiv würdigt Kissling neue Sozialhilfemodelle, die ein Garantiertes Mindesteinkommen mit dem Recht auf Arbeit verbinden und dadurch der Wiedereingliederung dienen. Die Finanzierung der Mutterschaftsversicherung und der Kinderzulagen sollte nach Meinung des Verfassers nicht über Lohnprozente, sondern über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgen.

W.Sp.